

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig teilt zunächst mit, der Fachbereichsausschuss IV habe die Angelegenheit in seiner Sitzung am 08.02.2011 bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich beschlossen.

Rm Kühllental (BIZ) nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage, die den Eindruck erwecke, dass Koblenz Geld im Überfluss habe. Man gelange mit der heutigen Beschlussfassung zu einem Gesamtbudget von über 4 Mio. Euro für die Platzfläche von 6.000 m<sup>2</sup>. Ursprünglich sei man 2008 mit einer Kostenschätzung von 360.000 Euro gestartet. Die Begründung für die Steigerung sei allen bekannt: Die Konzeption beinhalte Elemente, die zum Zeitpunkt der Kostenschätzung für das Projekt noch nicht vorhersehbar gewesen seien. Es seien Kosten um den Komplex „Event“ u.a. mit dem Wasserspiel und der Marktflächennutzung begründet worden. Mit Blick auf die Haushaltslage und die Sparvorgaben sei dies nicht zu akzeptieren. Zu welchen Kürzungen dies in anderen Bereichen führen werde, davon könnten die Beteiligten bereits ein Lied singen. Wie leicht ließen sich doch nach Auffassung der BIZ-Fraktion insgesamt beim Ausbau der Platzfläche große Beträge sparen, wenn man den Ausbau nicht so luxuriös gestalte.

Dabei stelle sich die Frage, ob der Stadtrat zum jetzigen Zeitpunkt von sich aus derartige Einsparungen beschließen könne oder ob man nicht das Heft des Handelns aus der Hand gegeben habe mit den entsprechenden vertraglichen Verpflichtungen und nachdem die FMKK bereits das Einzelhandelsgebäude an einen Immobilienfond in New York veräußert habe. Die BIZ-Fraktion bitte den Oberbürgermeister um Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1) Ob der heute vorgeschlagene Ausbau der Platzfläche des Zentralplatzes gemäß dem Entwurfs- und Ausbauplan von November 2010 ebenfalls Geschäftsgrundlage zwischen der FMKK und dem neuen Immobilienfond sei?
- 2) Ist der Rat frei in seiner heutigen Entscheidung?

Die aufwendige Gestaltung komme besonders der FMKK zu Gute. Mit öffentlichen Geldern werde eine Besserstellung des Marktteilnehmers FMKK hergestellt. Dies bedeute eine Wettbewerbsverzerrung für die Einzelhändler der Innenstadt.

Ferner äußert Rm Kühllental die Kritik, dass gemäß der Beschlussvorlage die Zu- und Ablufttürme des Kulturbaus auf der Grünfläche untergebracht seien und fragt, wie sich dies mit der Aufenthaltsqualität auf dem Platz vereinbaren ließe.

Zudem sei bereits im Haupt- und Finanzausschuss festgestellt worden, dass auf dem Platz eine öffentliche Toilette fehle.

Auf Grund der vorangegangenen Ausführungen werde die BIZ-Fraktion gegen die Beschlussvorlage stimmen.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90 / Die Grünen) merkt an, vor dem Hintergrund der noch laufenden Haushaltsberatungen stoße ihr die Gestaltung der Platzfläche des Zentralplatzes massiv unangenehm auf. Denn sie alleine verschlinge 4,1 Mio. Euro. Sie zählt die in der Beschlussvorlage genannten Gestaltungselemente auf. Die Grünen und viele Bürger hätten einen großen naturgrünen Platz, verträglichen Einzelhandel und einen bezahlbaren Kulturbau gewünscht. Beim Plan zum Beleuchtungskonzept werde überdeutlich, wie klein der Platz zwischen Kulturbau und Einzelhandelsgebäude sei. Die jetzige Zentralplatzbebauung jedenfalls werde Koblenz finanziell begleiten in der Gegenwart und in der Zukunft für die nächsten 30 Jahre. Städte müssten ihre Prioritäten klar definieren und festlegen, sich dem Klimaschutz verpflichten, dann seien sie zukunftsfähig. Koblenz hätte gerade an dieser Stelle eine ökologische, menschenfreundliche Stadtplanung verdient. Die Grünen würden diesem Beschluss nicht zustimmen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke erklärt, er habe seinerzeit dem Zentralplatz zugestimmt und dabei bleibe er auch. Hinsichtlich der Platzgestaltung dränge sich ihm aber die Frage auf, ob man wirklich diese Wasserspiele benötige mit der dazugehörigen aufwendigen Technik. Der Rat sollte sich ernsthaft überlegen, wie man eine preiswertere Gestaltung realisieren könne. Aber diesbezüglich stelle sich ihm auch die Frage, ob der Rat überhaupt noch Handlungsmöglichkeiten besitze oder ob man gesagt bekäme, dass ginge nicht wegen gefasster Beschluss und der Ausschreibungen. Dann würden die Aussagen mit dem Sparwillen immer etwas unglaubwürdig. Er habe bereits in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nach den öffentlichen Toiletten auf dem Platz bei größeren Veranstaltungen gefragt. Wenn diese noch nicht berücksichtigt seien, dann werde die Maßnahme noch teurer. Er habe Angst, dass die Angelegenheit aus dem Ruder laufe und man habe sich darauf verständigt, auch beim Projekt Zentralplatz noch Sparmöglichkeiten zu suchen. Diese Entscheidung sollte man gemeinsam treffen, aber nicht in der Absicht, die Maßnahme zu torpedieren, sondern um die Sache konstruktiv zu bearbeiten.

Rm Schupp (FDP) erkennt an, dass es einen Mehrheitsbeschluss für das Projekt Zentralplatz gegeben habe, aber dieser sei kurz vor der Kommunalwahl gefasst worden. Jetzt seien andere Personen im Rat vertreten und dann müsse man deren Meinung auch akzeptieren, genau so, wie man den Mehrheitsbeschluss akzeptieren müsse. Die FDP-Fraktion werde gegen den Beschluss stimmen unter anderem auch wegen der geplanten Bepflasterung. Er verstehe bisher immer noch nicht, warum man nicht ein einheitliches Konzept für die Innenstadt erstellt habe und sich an die Gestaltung der Löhrrstraße und des Löhrrondels angepasst habe. Hier sollten andere dunkle Steine gewählt werden, weil sich diese besser gegen den Kulturbau abheben würden. Er sehe hier nicht den Sparwillen, denn er hätte sich vorstellen können, wenn man noch größere Mengen an Steinen wie in der Löhrrstraße erworben hätte, wäre vielleicht ein günstigeres Angebot zu erzielen gewesen. Die FDP-Fraktion werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Rm Altmaier (SPD) merkt an, der Rat habe mehrheitlich diese Maßnahme beschlossen, um damit die Stadt weiter zu entwickeln. Dass diese Dinge in der Umsetzung auch entsprechende Kosten mit sich brächten, sei klar gewesen. Man habe immer eine Möglichkeit gewollt, das Welterbe Oberes Mittelrheintal ansprechend zu präsentieren, zudem wollte man einen Neubau für die Bibliothek und eine Weiterentwicklung des Mittelrheinmuseums mit dem Schwerpunkt „Romantischer Rhein“. Er denke, es sei gut, dass sich Koblenz auch nach der Buga 2011 verwandle und dort einen Treffpunkt schaffe für die Koblenzer und ihre Gäste. Wenn er sich richtig an die Beratungen im Bauherrenausschuss „Zentralplatz“ erinnere, sei die Stadt vertraglich gebunden an einige Dinge, die man heute als Abrundung beschließe. Der Rat habe den grundsätzlichen Beschluss schon gefasst. Daher hätte man sich schon lange vorher im Klaren sein müssen, dass eine solche Investition Geld kosten werde. Aber das Geld sei gut angelegt. Daher sei es gut, den Platz entsprechend so auszubauen, dass man für Veranstaltungen schon notwendige Anschlüsse im Boden berücksichtige, um viele Veranstaltungen, die jetzt noch im Wildwuchs auf anderen Plätzen der Stadt stattfänden, auch dort zu versammeln. Damit bekomme man im Herzen der Stadt auch Leben und dies werde nach seiner Auffassung ganz gut gelingen. Bezüglich der Aussage von Rm Kühental (BIZ) bezüglich der Besserstellung eines Marktteilnehmers äußert Rm Altmaier, der Rat habe vor einigen Jahren die Neugestaltung der oberen und obersten Löhrr abgeschlossen – auch mit dem Ziel, dort eine attraktive Einkaufstraße zu erhalten. Aktuell betreibe man die Neugestaltung der kompletten Löhrrstraße vom Münzplatz über das Löhrrondell bis zum Friedrich-Ebert-Ring auch im Interesse des Koblenzer

Einzelhandels und man plane die Fortführung zum Altlöhrtor, die Altstadt sei aufwendig saniert und die Platzflächen dort komplett neu gestaltet worden im Interesse des Einzelhandels, der Bewohner und der Gäste von Koblenz.

Er denke, Koblenz sei auf einem guten Weg und deshalb sollte man nicht alles schlecht reden, sondern das Projekt zu einem guten Ende führen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke vertritt die Auffassung, wenn man in der Vergangenheit immer so den Kopf in den Sand gesteckt hätte, wie man dies derzeit manchmal praktiziere, dann käme man nicht weiter. Aber dies entbinde den Rat nicht davon, auch ernsthaft zu überlegen, wo man Einsparungen vornehmen könne. Ebenfalls gebe er zu bedenken, dass man für Veranstaltungen nicht nur den Zentralplatz brauche. Man benötige auch die übrigen Plätze als Veranstaltungsflächen allein schon wegen der Atmosphäre. Dafür hätte man nämlich auch die übrigen Plätze in der Altstadt saniert.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig merkt an, es könne keinen Zweifel daran geben, dass Koblenz unter anderem deswegen so attraktiv sei, weil man den Verbund der verschiedenen Plätze habe und jeder seinen Lieblingsplatz finde. Das mache das Leben in der Innenstadt auch so schön.

Zu der Frage der Einsparmöglichkeiten macht er deutlich, der Rat könne sicher sein, dass er alle zuständigen Mitarbeiter angewiesen habe, alles zu prüfen, was es im Licht der geschlossenen Verträge an Einsparpotentialen gebe. Dies geschehe auch und an den Stellen, wo sich Möglichkeiten böten, werde dies auch entsprechend berichtet werden. Dies gelte vor allem für den Bauherrenausschuss „Zentralplatz“. Er weise konkret darauf hin, dass man am 16.02.2011 die nächste Sitzung des Bauherrenausschusses terminiert habe. Dort würden die Mitarbeiter zu den aufgeworfenen Fragen der Einsparungspotentiale auf den verschiedenen Gebieten Stellung nehmen. Dies würde er nicht gerne in öffentlicher Sitzung tun, weil dies auch mit den vertragsrechtlichen Bedingungen nicht vereinbar sei.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Dr. Gross bittet um Beantwortung der Frage, ob der Rat noch Gestaltungsmöglichkeiten habe und wie viele Anliegerkosten ECE für den Platz entrichte.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verdeutlicht, eine solche Frage einfach in die Debatte zu werfen mit dem Risiko, dass ein Verwaltungsvertreter möglicherweise eine Antwort gebe, die aktenmäßig nicht korrekt recherchiert sei, halte er für nicht angemessen. Dafür gebe es Ausschussberatungen und die Frage sei dort nicht gestellt worden. Demzufolge sei die Verwaltung nicht darauf vorbereitet. Um diese Situation zu vermeiden, bittet er darum, derart komplizierte Fachfragen, die Recherchen verursachen, doch entweder in den Ausschüssen zu stellen oder zumindest schriftlich anzukündigen, so dass die Verwaltung in der Lage sei, sich entsprechend vorzubereiten.

Herr Gebel (Amt 30) äußert, unter der Einschränkung, dass man in öffentlicher Sitzung sei, könne er besondere Details hier nicht nennen. Nach dem Städtebaulichen Vertrag bestehe die Vereinbarung zur Platzherstellung, jedoch nicht durch die Firma, die das Einkaufszentrum betreibe, sondern die Firma, die den Kulturbau erstelle. Dies sei getrennt, was wahrscheinlich die Frage seitens Rm Kühlentals zu diesem Punkt schon beantworten würde. Zum anderen sei die Frage aufgetaucht nach den Ausbaubeiträgen. Dazu müsse man generell sagen, dass man sich in einem Sanierungsgebiet befinde und in einem solchen seien Erschließungs- und Ausbaubeitragserhebungen durch das Bundesbaugesetz ausgeschlossen. Die Abgeltung der

Vorteile für die öffentlichen Verkehrsflächen finde hier statt über die Einrechnung in die Sanierungsausgleichsbeträge. Die Sanierungsausgleichsbeträge seien im vorliegenden Fall bereits in die Grundstückskaufpreise einbezogen worden. Dies sei den jeweiligen Gutachten zu entnehmen.

Auf Anfrage aus dem Rat verdeutlicht Herr Gebel, die Sanierungsausgleichsbeträge seien Bestandteil der Berechnung der Grundstückskaufpreise. Dieser Aspekt sei längst abgehandelt durch den Grundstückskaufvertrag.

Rm Assenmacher (CDU) dankt Herrn Gebel für die Ausführungen, weil damit zum Teil schon seine Frage beantwortet sei. Nach seiner Kenntnis sei in den Verträgen eine bestimmte Platzgestaltung nicht vereinbart, so dass der Rat in der Gestaltung derzeit noch frei sei und bisher es lediglich eine Kostenposition bei der Berechnung im Rahmen des Grundstückskaufvertrages gebe, in dem Platzbudgets geregelt worden seien. Aber eine bestimmte Platzgestaltung nicht.

Anschließend an die Aussage des Oberbürgermeisters, er lasse von der Verwaltung prüfen, was gegebenenfalls noch eingespart werden könne, frage er sich jetzt, warum der Rat heute einen Platz in dieser Ausbauqualität beschließen solle, wenn die Verwaltung beabsichtige, dies noch einmal zu modifizieren. Es stelle sich die Frage, wann diese kämen, damit jeder, der heute die Angelegenheit beschließen wolle, auch wisse, dass er hinterher an diesem Beschluss festgehalten werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig hält entgegen, er habe nicht gesagt, dass er an der Platzgestaltung noch etwas ändern wolle, sondern er habe ausgeführt, dass seine Mitarbeiter wüssten, dass er Wert darauf lege, überall dort nach Einsparpotentialen zu suchen, wo es entweder einvernehmlich mit der FMKK zu derartigen Änderungen kommen könne oder aber, wo im Rahmen der eigenen Zuständigkeiten, die man als Stadt im Zuge der Übernahme des veredelten Rohbaus sowie der Straßenanschlussprojekte inne habe eine Chance sehe, zu Einsparungen zu kommen. Dazu habe er in früheren Sitzungen bereits einige Anmerkungen gemacht. In der Sitzung des Bauherrenausschusses „Zentralplatz“ werde man Stellung nehmen können über den Stand der Bemühungen und was im Einzelnen zurzeit wo geprüft werde. Im Haupt- und Finanzausschuss habe er dazu ebenfalls Stellung genommen. Dies wolle er hier in öffentlicher Sitzung nicht noch einmal wiederholen. Insofern sei es keinesfalls so, dass der Rat etwas beschließen solle, das so nicht gelte, weil die Modifikationen unabhängig von der heutigen Beschlussfassung wären.

Im Übrigen bittet er Herrn Gebel zu der Frage, in welchem Umfang das bisherige Vertragswerk der Stadt noch Freiheit biete im Hinblick auf die heutige Beschlussfassung, um eine kurze Erläuterung.

Herr Gebel (Amt 30) führt aus, es gebe schon einen Grundsatzbeschluss zum Freiflächenkonzept durch den Stadtrat. Darauf habe man sich natürlich bislang auch in den Vertragsverhandlungen zu der Ausgestaltung im Einzelnen bezogen. Außerdem gebe es die Festlegung des Budgets und der Kostenzuordnung durch die Stadtratsbeschlüsse vom 04.03.2010. Auch dies sei dort Grundlage gewesen. Wieweit man ansonsten in den Feinheiten festgelegt sei, könne er im Moment nicht beantworten. Dies müsste die Projektleitung sagen können.

Herr Czielinski (Amt 80) trägt vor, die Stadt Koblenz sei im Rahmen des Städtebaulichen Vertrages aufgefordert, termingerecht einen Entwurf einer Ausführungsplanung für die Platzgestaltung zur Verfügung zu stellen, damit ein komplizierter Ablaufplan zwischen Kulturgebäude und dem Shoppingcenter sowie Straßenflächen und Platz auch eingetaktet werden könne in ein Gesamtprojektmanagement. Dazu gehöre natürlich auch, dass seitens der FMKK,

damit diese wiederum ihre Bauleistungen ausschreiben könne, die Planung weitergehend konkretisiert werde und es in das Gesamtgefüge aller Baumaßnahmen eingebettet werde. Eigentlich hätte man diese Entscheidung schon zum Jahreswechsel herbeiführen wollen. Man habe heute die Vorlage zur Beratung gestellt und auf der anderen Seite sei die FMKK in der Erwartung, dass jetzt hier das Konzept abgestimmt werde im Sinne eines Ratsbeschlusses, damit die weitere Planung vorangehen könne. Daher sehe er keine Möglichkeit, die Angelegenheit noch einmal um 4, 6 oder 8 Wochen zu vertagen.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Dr. Gross stellt klar, in einer Debatte ergäben sich immer wieder Fragen, die auch in der Sitzung beantwortet werden können sollten und nicht nur in vorbereitenden Sitzungen.

Er hoffe auf die Beantwortung der Frage, ob schon Aufträge erteilt worden seien vor der Beschlusslage für die Ausgestaltung des Platzes.

Herr Czielinski (Amt 80) antwortet, man habe natürlich den Ergänzungsvertrag zum Städtebaulichen Vertrag noch nicht geschlossen, weil genau diese vorliegende Ausführungsplanung Vertragsbestandteil wäre. Aber er weise darauf hin, dass für den Fall, dass die Stadt keine Pläne liefere und nicht gebaut werden könne, dazu betrage, dass die von der Stadt geforderten Leistungen für den Städtebaulichen Vertrag nicht erbracht würden mit allen Regressansprüchen der zukünftigen Mieter und des Investors für das Shoppingcenter.

Rm Assenmacher (CDU) dankt Herrn Czielinski für die ausdrückliche Feststellung, dass es derzeit keine vertragliche Verpflichtung für diesen Platzausbau gebe. Dies sei das Budgetrecht des Rates, so zu beschließen.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen Wiechmann macht deutlich, dies heiße konkret, es sei auch zu den Wasserspielen noch kein konkreter Auftrag erteilt worden. Wenn dem so sei, könnte man diesen Punkt einsparen.

Herr Czielinski (Amt 80) äußert, es sei richtig und selbstverständlich, dass zunächst die Beschlüsse im Rat herbeigeführt würden, bevor die Verwaltung Verträge unterzeichne. Dies sei geübte gute Praxis. Aber es gebe einen bautechnischen Ablauf für ein solches Projekt, wo eine Entscheidung herbeigeführt werden müsse. Wenn man dies nicht tun sollte, habe die Stadt dann später den Nachweis zu erbringen, dass mögliche Schadenersatzansprüche der Mieter, die auf eine Platzherstellung drängten, nicht berechtigt seien. Ansonsten bleibe es bei der Aussage, dass der Ergänzungsvertrag nicht unterschrieben sei, weil man vorliegenden Ausführungsbeschluss benötige.

Rm Altmaier (SPD) nimmt Bezug auf die Andeutungen von Herrn Czielinski, dass die Stadt sich bei einer Beschlussverweigerung Regressforderungen gegenüberstehen sehen werde, wenn denn eine Platzfertigstellung nicht fristgemäß und zeitgerecht erfolgen sollte. Deswegen hätte er gerne von Herrn Czielinski eine konkretere Ausführung, was die Stadt erwarte, wenn man jetzt meine, unter Sparwillen oder sonstigen Gründen hier keinen Beschluss herbeizuführen und einen schuldhaften Zeitverzug zu produzieren.

Herr Czielinski (Amt 80) verdeutlicht, im Kern ginge es um die Frage der Gestaltung des Wasserspiels, wozu auch die Brunnenkammer gehöre. In der unterirdischen Brunnenkammer befinde sich aber nicht nur die Steuerungsanlage für das Wasserspiel sondern auch die

Steuerungsanlage für die Elektranten und die Wasserversorgung über die entsprechenden Technikeinbauten auf der Fläche, um z.B. Großveranstaltungen aber insbesondere auch den Wochenmarkt ordnungsgemäß abwickeln zu können. Also würde der Entfall des Wasserspiels nicht automatisch dazu führen, dass man auf die Brunnenkammer verzichten könne, weil man diese für die dem Wochenmarkt u.a. zugeordneten technischen Einrichtungen zwingend benötige. Man habe dann noch einmal intern geprüft, ob es überhaupt möglich sei, wenn man auf das Wasserspiel verzichte, die Kammer zur Steuerung der Elektranten gegebenenfalls in das Kellergeschoss des Kulturgebäudes mit verlagern zu können. Die Flächen seien vergeben, die Ausführungsplanung für das Kulturgebäude laufe auf höchsten Touren. Jetzt in dieser Phase mit weiteren Flächenansprüchen und der Zuordnung von Stromleitungen und anderen Dingen zu kommen, sei auch wirtschaftlich nicht darstellbar. Der Planungsmehraufwand für eine mögliche Integration würde die dann vielleicht zu erzielenden Kosteneinsparungen für den Entfall der Brunnenkammer mehr als kompensieren. Er habe sich dies in der Anfangsphase auch einfacher vorgestellt. Aber wenn man die Stromversorgung für einen Wochenmarkt garantieren wolle, dann bedeute dies auch große Strommengen, die man durch das Kulturgebäude zum entsprechenden Übergabepunkt leiten müsste. Das habe Auswirkungen auf viele Gerätschaften in der Elektroversorgung. Die Wasserversorgung wäre da wohl noch etwas einfacher unterzubringen. Daher habe die Verwaltung Abstand von dieser Überlegung genommen und plädiere dafür, dass die Ausführungsplanung unverändert vom Rat beschlossen werde. Man habe das Projekt sehr frühzeitig mit einem ersten Entwurf den Ratsmitgliedern vorgestellt und habe dann eine ergänzende Kostenberechnung erstellt. Auch dieser habe der Rat zugestimmt. Jetzt noch einmal ein Dreivierteljahr später wieder auf den Nullpunkt zurückzugehen, sei bei dem komplizierten Gesamtprojekt Zentralplatz fast nicht leistbar.

Rm Diehl (CDU) teilt mit, die CDU-Fraktion wolle heute einen Grundsatzbeschluss fassen, dass die Angelegenheit wie vorgeschlagen in die Neugestaltung einfließe. Er könne sicherlich gut verstehen, wenn der eine oder andere äußere, er hätte noch gerne ein Detail im Bauherrenausschuss „Zentralplatz“ besprochen. Man sei nicht dagegen, dass solche Details nicht in einer öffentlichen Sitzung debattiert würden, sondern dies sollte in den Fachausschuss verschoben werden. Insofern plädiere die CDU-Fraktion dafür, heute den Grundsatzbeschluss zu fassen und entsprechend noch einmal einzelne Dinge im Bauherrenausschuss „Zentralplatz“ anzusprechen, nachdem in der Verwaltung eruiert worden sei, was noch planbar sei. Er sehe sich hier in der Beratung im Stadtrat außer Stande, noch einmal Details nach rechts oder links zu schieben. Herr Czielinski habe dies deutlich gemacht. Heute sollte man dies in der Tiefe in der Sitzung nicht tun.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bestätigt, genauso sehe er dies auch und im Übrigen müsse man etwas Vertrauen in die Mitarbeiter haben, die einen klaren Auftrag bekommen hätten, zu prüfen, was im Rahmen der beschlossenen Verträge möglich sei, an Einsparpotential zu realisieren. Die Vermischung aus Grundsatzdiskussion mit Details könne nicht so funktionieren. Aus dem Grunde könne er sich dem Anliegen von Rm Diehl anschließen.

Rm Wefelscheid (BIZ) weist darauf hin, dass ausweislich der Beschlussvorlage mehr als ein Grundsatzbeschluss gefordert sei, denn es werde beschlossen, dem Ausbau der Platzfläche gemäß dem Entwurfs- und Ausbauplan zuzustimmen. Dann habe man durch die Hintertür die Details mit beschlossen. Daher stelle er namens der BIZ-Fraktion den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zunächst abzusetzen und im Rahmen der Haushaltsberatungen diese Dinge mit zu beraten.

Rm Lehmkuhler (SPD) spricht sich gegen die Absetzung des Tagesordnungspunktes aus, weil zuvor bereits ausgeführt worden sei, welche Konsequenzen dies bedeuten würde und der Rat die Angelegenheit in Grundsätzen schon alles beschlossen hätte. Er bittet darum, das Projekt Zentralplatz nicht bei jeder Gelegenheit wieder grundsätzlich in Frage zu stellen und die Angelegenheit formaljuristisch vor den Gerichten klären zu lassen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes und Beratung im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Abstimmung. Dieser wird seitens des Rates mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Rm Schupp (FDP) erklärt, er fühle sich gerade an den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ erinnert, denn er bekomme wieder zu hören, wenn der Rat hier und heute diesem Beschluss nicht zustimme, gebe es erneut Mehrkosten. Diese Situation habe es in der letzten Sitzung des Rates zum Schienenhaltepunkt auch gegeben. Irgendwann müsse mit diesen Vorhaltungen auch endlich einmal Schluss sein. Der Rat habe vernünftige Vorschläge unterbreitet, wo Gelder eingespart werden könnten. Mit dem Wasserspiel könnten Mittel eingespart werden und auf die aufwendige unterirdische Steuerung für den Wochenmarkt solle man dann eben auch verzichten, um eine mobile Lösung wie bisher zu praktizieren. Diese Anregungen wolle der Rat gerne geprüft haben und dann könne man eventuell auch einer Platzgestaltung in abgespeckter Form zustimmen. Man rede zu Beginn der Sitzung darüber, dass die ADD den Haushalt nicht genehmigen könne, weil der Haushalt nicht gesetzeskonform sei und setze bei diesem Punkt wieder mehr obenauf und versuche nicht, Gelder zu sparen. Das sei nicht konsequent und redlich.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90 / Die Grünen) äußert, sie vertrete eine andere Meinung als der Oberbürgermeister, denn sie finde es sehr wichtig, dass in der öffentlichen Sitzung über die Angelegenheit gesprochen werde. Für die Ratsmitglieder sei es zum Teil ziemlich schwierig, mit den Bürgern zu sprechen, weil das Theater, die Rhein-Mosel-Halle sowie der „Schienenhaltepunkt Mitte“ teurer würden und der Haushalt sei eine Katastrophe. Daher finde sie diese Diskussion in der öffentlichen Sitzung gut, richtig und wichtig. Rat und Verwaltung sollten noch einmal über solche Dinge nachdenken, ob es nicht möglich sei, an bestimmter Stelle doch noch zu sparen. Denn darüber habe man in den Haushaltsberatungen gesprochen und dies wolle auch die ADD. Dann finde sie es nur richtig, sich darüber noch einmal Gedanken zu machen.

Rm Baum (FBG) beantragt, den Beschlussvorschlag mit dem Zusatz zu ergänzen, dass es nicht mehr kosten dürfe als 3,5 Mio. Euro.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt fest, er könne nur über Anträge abstimmen lassen, die ihm auch schriftlich vorlägen, ansonsten müssten diese eindeutig formuliert sein. Ihm sei die Art der Formulierung des gewünschten Antrages im Augenblick nicht klar.

Rm Altmaier (SPD) stellt klar, der letzte Rat habe die Thematik Zentralplatz sehr intensiv behandelt und sich bei dieser Entscheidung für den neuen Zentralplatz ganz bewusst dafür entschieden, eine unterirdische Versorgung für alle Veranstaltungen (nicht nur den Wochenmarkt) entsprechend vorzuhalten. Sicherlich könne man sich an den Weihnachtsmarkt erinnern, wo die ganzen kreuz und quer liegenden Stromleitungen mit Stolperschutz versehen werden müssten. Alles dies wollte man auf dem Zentralplatz zukünftig nicht mehr haben. Man wolle dort einen vitalen Platz, auf dem viele Veranstaltungen stattfinden könnten. Dies sei Antritt bei der ganzen Diskussion um den neuen Zentralplatz gewesen und deswegen heiße es jetzt nicht

„Wünsch Dir was“, sondern es sei eine vernünftige Planung, die die Elektroversorgung und die Ver- und Entsorgung mit Wasser unterirdisch regle und eben nicht solche Stolperstellen vorlägen, wie man sie bei allen anderen Festen habe, die in Koblenz stattfänden. Das sei der Grund für den Bau der Brunnenkammer gewesen. Herr Czielinski (Amt 80) habe dies zuvor bereits glaubhaft ausgeführt.

Rm Sauer (CDU) verweist auf die Beschlussvorlage, in der stehe, die erforderlichen Mittel seien im Stadtratsbeschluss vom 21.06.2010 im Budget Zentralplatz enthalten. Man habe darüber abgestimmt. Im Fachbereichsausschuss IV sei am 21.09.2010 ebenfalls die Gestaltung des Oberflächenbelags des Zentralplatzes, der Gehwegbereiche und der angrenzenden Straßen nach der Bemusterung der Platten beschlossen worden. Somit sei auch schon der Etat dafür beschlossen worden. Sie denke, man sollte jetzt doch zur Abstimmung kommen, denn man müsse auch endlich zu den einmal gefassten Beschlüssen stehen. Es könne doch nicht angehen, dass man heute anfange, den ganzen Zentralplatz neu aufzurollen. Das könne sie nicht verstehen. Wenn man vorher Beschlüsse gefasst habe und diese seien durch den Rat abgesegnet worden, dann sei sie der Meinung, müsse man auch dabei bleiben. Sonst mache sich der Rat unglaubwürdig.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig die Beschlussvorlage zur Abstimmung.